

Wir wollen: Gute Nachrichten für Wandsbek!

5 Stimmen für DIE LINKE
im Bezirk. 5 Stimmen für
DIE LINKE im Wahlkreis.

Die Linke

Wandsbek

Inhalt

Soziale Infrastruktur	7
Wohnen	
Weniger Miete, mehr Leben	8
Mobilität, Energie, Klima	9
Demokratie	
Vor Ort stärken	14
Kinder- und Jugendarbeit	
Freiräume erhalten	15
Senior*innenarbeit	
Mitbestimmung stärken!	17
Kultur	
Mehr ist mehr – Kultur braucht Überfluss	18
Gegen Rechts	
Für ein friedliches und weltoffenes Wandsbek	19
Frauen & Mädchen	
Selbstverständlich gleichberechtigt	20
Queer	
Sichtbar und sicher	21
Gesundheit	
Vorsorge und Versorgung im Quartier	22
Wirtschaft	
Starke und soziale regionale Wirtschaft mit guten Löhnen	25



Wandsbek

Kontakt/Impressum

Sie haben Fragen, Kritik oder Anregungen?
Sie erreichen uns per Mail unter info@die-linke-wandsbek.de

Webseite: die-linke-wandsbek.de
Instagram/Facebook: [@dielinke.wandsbek](https://www.instagram.com/dielinke.wandsbek)
Auch telefonisch sind wir für Sie unter **040 / 79 69 10 75** zu erreichen.
Oder kommen Sie einfach persönlich vorbei. Dienstag 10:00-14:00 und Donnerstag 13:00-15:00 Uhr.

Gerne kann auch telefonisch oder per Mail ein Termin vereinbart werden.

Herausgegeben April 2024
Titelbild: Arnold Schnittger

DIE LINKE.Wandsbek
Schloßstraße 90
22041 Hamburg

Vorwort

In Hamburg leben über 40.000 Millionär*innen, und zugleich ist jeder fünfte Haushalt armutsgefährdet. Diese Ungleichheit in der Gesellschaft hat sich in den letzten Jahren noch weiter verschärft und verstetigt. Die Kosten der Inflation tragen besonders Menschen mit niedrigem und mittlerem Einkommen. Wir erleben gerade, dass zentrale Aufgaben der Daseinsvorsorge von Politik und Wirtschaft nicht adäquat gelöst werden können, wie eine ausreichende Wohnungssituation, gute Gesundheits- und eine nachhaltige Klimapolitik.

Die gute Nachricht ist: Auch auf kommunaler Ebene lässt sich daran etwas ändern. Angesichts der Herausforderungen in den Bezirken sind allerdings beispielsweise die 110 Millionen €, die der Senat 2024 für Wandsbek bereitstellt, viel zu wenig. Im größten Hamburger Bezirk leben über **453.000 Menschen**. Das sind weniger als **70 Ct** pro Kopf und Tag. Dabei wäre für eine solide Finanzierung und Stärkung der Bezirke genug Geld da.

Eine radikale Umsteuerung des Hamburger Haushaltes zur Bekämpfung von Armut und Wohnungslosigkeit, für kulturelle Teilhabe, gute Bildung sowie Ausbau des ÖPNV ist notwendig.

Eine starke LINKE in den Bezirken, aber auch kraftvolle Bewegungen in den Stadtteilen, starke Gewerkschaften und eine gute Selbstorganisation auch in Genossenschaften sind die Voraussetzungen, um den Druck für die finanzielle und politische Stärkung der Bezirke zu erhöhen.



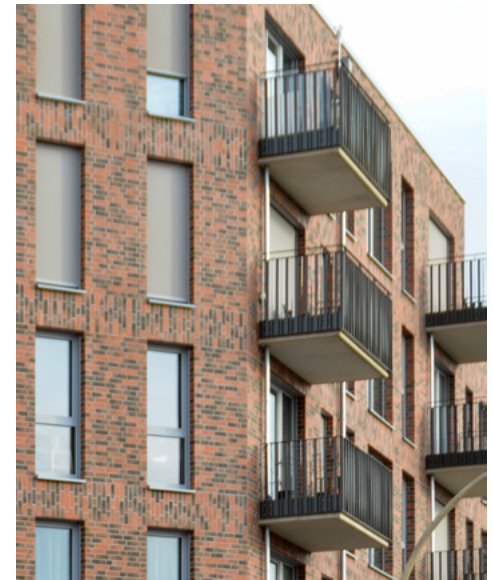
Für die Beteiligung von Kindern, Jugendlichen, Familien und Senioren im Bezirk

Soziale Infrastruktur

Hamburg ist eine wachsende Stadt, und auch in Wandsbek leben heute etwa 15.000 Menschen mehr als noch 2018. Alte und neue Wandsbeker*innen benötigen wohnortnahe Angebote für Familien, Kinder und ältere Menschen. Aber auch dem großen Anteil an Einpersonenhaushalten muss Rechnung getragen und der soziale Austausch im öffentlichen Raum ermöglicht werden. Erhalt und Ausbau der sozialen Infrastruktur bleiben jedoch weit hinter dem tatsächlichen Bedarf zurück.

Wofür wir uns einsetzen

- Im Bezirk muss auf Grundlage der Bevölkerungszahlen eine Bestandsaufnahme und Bedarfsplanung der sozialen Infrastruktur erfolgen.
- Die soziale Infrastruktur soll mit dem Ziel gestaltet werden, dass die Teilhabe am öffentlichen Leben wohnortnah für alle – z.B. auch durch die Bereitstellung nichtkommerzieller Räume – gefördert wird.
- Die Bezirke müssen Strukturen zum regelmäßigen Austausch unter Beteiligung der Bürger*innen und zur Koordination der sozialen Infrastruktur in den Stadtteilen schaffen.
- In den Planungen soll im Sinne von Struktur- und Bevölkerungsveränderungen sowie Nachhaltigkeit über heutige Generationen hinausgedacht werden.



Für ein gerechtes und soziales Wandsbek

Foto: Arnold Schnittger

Alte und neue Wandsbeker*innen benötigen wohnortnahe Angebote für Familien, Kinder und ältere Menschen.

Wir wollen: bezahlbares Wohnen

Von 2019 bis 2023 sind in Wandsbek etwa 8.000 zusätzliche Wohnungen fertiggestellt worden. Die Zahl der Sozialwohnungen stieg in diesem Zeitraum nur um 500 auf etwa 16.200. Das sind 7,3% der ca. 223.000 Wohnungen im Bezirk, obwohl fast jeder zweite Haushalt Anrecht auf gefördertem Wohnraum hätte. Die Menschen müssen einen immer größeren Anteil ihres Einkommens für Miete, Heizung und Nebenkosten aufwenden. Und immer mehr sind von Wohnungslosigkeit betroffen.

Die Stadtentwicklung geht zunehmend auf Kosten von Grünflächen und damit auch von Umweltschutz. Besonders die sozial benachteiligten Stadtteile werden zusätzlich verdichtet. Investor*innen reißen Bestandsgebäude ab, um sie durch profitable Neubauten zu ersetzen, als wenn es kein Morgen und keinen Klimawandel gäbe. Damit muss Schluss sein!

Die gute Nachricht ist: Es gibt Alternativen zu der bisherigen „Bauen, Bauen, Bauen!“-Politik. Wir brauchen einen Wechsel hin zu „Mieten deckeln, sozial und ökologisch bauen, Wohnraum vergesellschaften!“ Entziehen wir den Grund und Boden konsequent dem Markt und der Spekulation, können wir die Mieten senken.

Wenn wir den Wohnraumschutz des Bezirksamts stärken, können wir schneller und effektiver gegen Leerstand und Zweckentfremdung vorgehen. Und mit Erhaltungsverordnungen können wir die Menschen vor Verdrängung aus dem Stadtteil schützen.

Wofür wir uns einsetzen

- Eine soziale Bodenpolitik, die auch bei großen Stadtentwicklungsprojekten keine Grundstücke verkauft
- Eine aktive soziale Boden-Rückkaufpolitik, die langfristig den Boden der Spekulation entzieht und so entweder günstigen städtischen, sozialen Wohnungsbau oder eine temporäre Vergabe in Erbpacht ermöglicht
- Die konsequente Umsetzung des Housing-First-Konzepts für Wohnungslose auch in Wandsbek
- Finanzielle und organisatorische Förderung des Umzugs von älteren Menschen in kleinere Wohnungen: Begrenzung der Wohnkosten für Rentner*innen auf max. 30% des wohngeldrechtlichen Einkommens
- Personelle Aufstockung der Ämter für Wohnraumschutz in Absprache mit den Personalräten entsprechend der aktuellen Anforderungen
- Neue Soziale und städtische Erhaltungsverordnungen
- Die schnellere Einsetzung von bezirklichen Treuhänder*innen bei Leerstand



Mobilität, Energie, Klima

Der Klimawandel mit steigenden Meeresspiegeln und deutlichen Temperaturveränderungen schreitet umso heftiger voran, je weniger wir dagegen tun. Die Auswirkungen der globalen Erwärmung sind jetzt schon zu spüren. Das von DIE LINKE unterstützte Ziel der Pariser Klimakonferenz, den Temperaturanstieg auf 1,5°C zu begrenzen, ist ohne schnelles und massives Umsteuern nicht mehr zu erreichen. Bereits 2°C bedeuten schon: Wir müssen uns auf stärkere und vermehrte Starkregenereignisse sowie deutlich mehr Hitzetage in Verbindung mit längeren Trockenzeiten und niedrigen Grundwasserspiegeln einstellen. Diese werden nicht nur die Pflanzen und Tierwelt belasten, sondern auch Menschen, die sich draußen aufhalten. Deshalb sind Klimaanpassungsmaßnahmen zwingend notwendig, sie sind eine Pflichtaufgabe der Bezirke.

Im reichen, rot-grünen Hamburg wird viel über Klimaschutz geredet, aber es wird zu wenig getan. Der Verkehr wächst täglich, beschleunigt den Klimawandel und schadet unserer Lebensqualität. Wir müssen es also schaffen, Menschen und Güter sicher an ihr Ziel zu bringen und gleichzeitig den Verkehr insgesamt zu verringern.



Die gute Nachricht ist: Durch kluge und nachhaltige Stadt- und Verkehrsplanung können wir auch in Wandsbek einen wichtigen Beitrag leisten. Damit die Wohnviertel lebenswerter werden, bekämpfen wir Planungen, die Investor*inneninteressen folgen. Kriterien wie Belüftung, Freiraum, Lärmschutz, Infrastruktur und Arbeitsplätze müssen zentrale Voraussetzungen bei Wohnungsbauvorhaben werden. Wir wollen Grünflächen als Rückzugflächen und „grüne Lunge“ Hamburgs erhalten.

Umweltfreundliche Energiegewinnung in Hamburg ist möglich, ob als Großwärmepumpen im Quartier, ob als Solar- oder Windenergieanlage.

Wir wollen das Radfahren auf breiten Radfahrstreifen so gut machen, dass niemand von Autos, LKW oder Bussen gefährdet wird. Wir wollen für breite, stolperfreie Fußwege und Fußgängerübergänge sorgen. Wir wollen flächendeckende stationäre Car-Sharing-Angebote und Quartiersgaragen.

Weniger Autos in der Stadt bedeuten mehr Platz für Menschen, für Wohnungen und für Grün. Klar ist uns aber auch: Bis die Radwege gebaut und die ÖPNV-Haltestellen eingerichtet sind, wird es insbesondere in den Stadtteilen an der Grenze zum Umland Menschen geben, die weiterhin auf ihr Auto angewiesen sind. Auch sie müssen sicher zur Arbeit und zum Einkaufen gelangen.

Die Möglichkeit zur Arbeit in Wohnortnähe entlastet den Verkehr und steigert die Lebensqualität. Einkaufen, Dienstleistungs- und Handwerksangebote müssen vor Ort möglich und immer im Blick bezirklicher Planung sein.

Scheinlösungen wie die U5 zur Mobilitätswende lehnen wir ab. In Bramfeld hat der Bau bereits begonnen, wird bis mindestens 2033 dauern und kostet für die 6 km bis zu City-Nord rund 2,85 Mrd €. DIE LINKE hat mit ihrem Stadtbahnkonzept gezeigt, dass die Stadtbahn/Straßenbahn schneller und preiswerter gebaut werden und insbesondere die Querverbindung zwischen einzelnen Stadtteilen gewährleisten kann.

Das von DIE LINKE unterstützte Ziel der Pariser Klimakonferenz, den Temperaturanstieg auf 1,5° C zu begrenzen, ist ohne schnelles und massives Umsteuern nicht mehr zu erreichen.

Wofür wir uns einsetzen

- Eine Verringerung von Versiegelungen und Aufhellung von Oberflächen; Die Durchsetzung des Schottergartenverbots
- Das Schaffen von Schattenflächen, insbesondere durch Grünpflanzen und Bäume
- Die Ausweitung von Gebäude- und Flächenbegrünung, da Pflanzen eine kühlende Wirkung haben
- Die Bildung von Wärmestau in der Stadt vermeiden und den Luftaustausch gewährleisten
- Wasserflächen, insbesondere Fließgewässer schaffen und Bewässerung von Grünflächen gewährleisten, dabei das Brutplatzangebot für eingeschleppte Mückenarten reduzieren
- Eine bezirkliche Wärmeplanung, die Menschen und Unternehmen vor Ort einbezieht, Transparenz in den Prozessen schafft und langfristige Planungssicherheit gewährleistet
- Aktive Steuerung für Siedlungs- und Quartierslösungen durch kommunale Sanierungsbeauftragte und Erarbeitung von kollektiven Lösungen
- Die massive Ausweitung des öffentlichen Nahverkehrs – Die ökologisch und ökonomisch widersinnige U5 lehnen wir ab. Alle Baumaßnahmen sind sofort zu stoppen. Zentral ist für uns die Wiedereinführung der Straßenbahn: Sie ist für die Erreichung der Klimaziele bis 2030 unverzichtbar.



- Eine Ausbildungs- und Joboffensive für Menschen, die für die Energiewende arbeiten
- Mehr Platz auf der Straße für Fußgänger*innen, Fahrräder und ÖPNV und sichere Radwege
- Eine ökologische Stadtentwicklung, die auf Bauen im Bestand statt Abriss und Neubau setzt und zunächst alle Baumöglichkeiten auf bereits versiegelten Flächen ausschöpft, statt weitere Grünflächen zu zerstören
- E-Scooter (Elektroroller): Das unregulierte Abstellen von E-Scootern muss verhindert werden, da dies insbesondere für Senior*innen eine ständige Stolper- und Verletzungsgefahr darstellt. Deshalb: Strikte Regulierung der E-Scooter (Abholen und Abstellen der E-Scooter nur noch auf zugewiesenen Bereitstellungsflächen wie bei Stadtrad)

- Fußwege: Die derzeitige Straßenbeleuchtung in Hamburg leuchtet vor allem die Fahrwege aus, die Fußwege sind dagegen nur mangelhaft beleuchtet. Deshalb: Sichere Fußwege mit ausreichender Beleuchtung. Parallel dazu müssen auf Gehwegen Stolperfallen beseitigt und sichergestellt werden, dass die Wege im Winter von Eis und Schnee befreit werden.
- Handwerker*innen sollen bei genossenschaftlichen oder vergleichbaren Zusammenschlüssen für Werkhöfe beraten und unterstützt werden.
- Handwerksbetrieben und Kleingewerbe müssen hinreichend Parkraum zugewiesen erhalten, soweit dies nicht auf dem Betriebsgelände möglich ist.



RATHAUS WANDSBEK

STÜHLSBÜTTEL

**Für eine ökologische
und nachhaltige
Stadtentwicklung**

Demokratie: Vor Ort stärken

Die Bevölkerung vor Ort will mitbestimmen – und das ist gut so! Wir wollen die Bürger*innenbeteiligung vor Ort ausbauen und die Stadtteilbeiräte und Senior*innen-Delegiertenversammlungen finanziell besser ausstatten.

Stärken wollen wir auch die Bezirksversammlungen selbst. Damit demokratische Entscheidungen möglichst vor Ort und im Austausch mit den Bürger*innen gefällt werden können, benötigen die Bezirksversammlungen mehr Spielraum und Befugnisse.

Der jahrelange Personalabbau in den Ämtern und Behörden sowie die seit Corona massiv vorangetriebene Digitalisierung hat für viele Menschen die Zugänge zu den staatlichen Einrichtungen zu uneinnehmbaren Festungen werden lassen.

Auch wenn der Digitalisierungsgrad der Gesellschaft steigt, so ist insbesondere dort, wo es für Menschen existenziell ist, dies oft nicht oder nur eingeschränkt der Fall. Häufig scheitert es an einem einzelnen Dokument, das nicht gescannt werden kann, einem beratenden Hinweis, oder schlicht der Möglichkeit, einen Termin auszumachen. Fehlende technische Endgeräte und Know-How, unübersichtliche Terminbuchungssysteme und eine unverständliche Kommunikation der Öffnungszeiten und Abläufe sind weitere Hürden, die die Kommunikation zwischen Ämtern und Bürger*innen massiv erschweren.

Sei es auch nur um einen neuen Ausweis, einen Erbschein oder auch lediglich eine Auskunft beim Finanzamt den Lohnsteuerjahresausgleich zu erhalten. Die rein digitale Kommunikation erweist sich für viele Bürger*innen als eine Sackgasse. Persönliche Rücksprache und Beratung bleibt so viel zu oft aus, obwohl alle Ämter eine gesetzliche Beratungspflicht haben.

Daher fordern wir für Wandsbek den Um- und Ausbau des Bezirksamts und der Kundenzentren zu Orten der Kommunikation zwischen Staat und Bürger*innen.



Für die Stärkung der lokalen Demokratie

Wofür wir uns einsetzen

- **Wahlrecht für alle Menschen mit Hauptwohnsitz in Hamburg**
- **Umsetzung von Bezirksentscheiden**
- **Schluss mit dem Auslagern von Personal aus den Bezirken in die Fachbehörden**
- **Weg mit dem Evokationsrecht: Bürgerentscheide und Beschlüsse der Bezirksversammlungen müssen für den Senat bindend sein. Beanstandungen müssen vom Senat innerhalb einer 4-Wochenfrist entschieden werden und gerichtlich überprüfbar sein.**
- **Stadtteilbeiräte und Senior*innen-Delegiertenversammlungen zu stärken, sie mit besseren Mitteln auszustatten und auf mehr Bürger*innenbeteiligung zu verpflichten**
- **Stadtteilbeiräte sollen Rederecht in den Ausschüssen erhalten.**
- **Stärkere Einbindung der Integrations- und Inklusionsbeiräte in die Beratungen der Bezirksversammlungen**
- **Bereitstellung von Räumen und die Einrichtung von Bürgerhäusern für soziale Begegnung in den Quartieren**

Kinder- und Jugendarbeit: Freiräume erhalten

Die knapp 81.000 Kinder und Jugendlichen unter 18 Jahren in Wandsbek haben ein Recht auf Teilnahme und Teilhabe an der Gesellschaft. Armut und soziale Ungleichheit stehen dem jedoch vielfach entgegen. Die Zunahme von psychischen Problemen wie Angststörungen und Depressionen infolge der Coronakrise machen fachliche und politische Antworten dringend erforderlich.

Seit einigen Jahren nehmen die Problemlagen und Hilfebedarfe in den Familien in gravierendem Maße zu. Die Zahl der Meldungen und Kindeswohlgefährdungen, die Zahl der hilfesuchenden Kinder und Eltern sowie die Zahl der gewährten arbeits- und kostenintensiven Hilfen zur Erziehung bewegen sich auf einem sehr hohen Niveau.

Die gute Nachricht ist: Im Sinne der UN-Kinderrechtskonvention kämpfen wir für eine gut ausgebaute soziale Infrastruktur. Insbesondere die Offene Kinder- und Jugendarbeit sowie die gemeinwesenorientierte Soziale Arbeit wollen wir stärken und die strukturelle Unterfinanzierung überwinden. Wir wollen die Fachkräfte im Allgemeinen Sozialen Dienst und der Jugendhilfe insgesamt durch mehr Personal, bessere Arbeitsbedingungen und deutlich mehr Spielräume für pädagogisches Handeln entlasten. Bei Hilfen zur Erziehung wollen wir wohnortnahe Lösungen etablieren, die nicht stigmatisieren und nicht ausschließen.

Wofür wir uns einsetzen

- Den Ausbau der sozialen Infrastruktur, insbesondere die Stärkung der Offenen Kinder- und Jugendarbeit, der Straßensozialarbeit, der Familienförderung
- In Neubaugebieten müssen Einrichtungen der OKJA und Treffpunkte wie Kinder- und Familienzentren und Orte der Beratung regelhaft eingerichtet werden.
- Eine bessere personelle und finanzielle Ausstattung von Kitas und Krippen
- Beitragsfreies Frühstück in allen Kitas und Grundschulen und beitragsfreies Essen an allen Schulen
- Eine größere Berücksichtigung der verschiedenen Altersstufen von Kindern beim Bau von Spielplätzen sowie Bereitstellung von öffentlichen Toiletten und Wickelgelegenheiten

Die knapp 81.000 Kinder und Jugendlichen unter 18 Jahren in Wandsbek haben ein Recht auf Teilnahme und Teilhabe an der Gesellschaft.



- Mehr fachliche Vollzeitstellen in allen Einrichtungen der Offenen Kinder- und Jugendarbeit (Mindestausstattung von zwei Vollzeitstellen pro Einrichtung der Offenen Arbeit)
- Eine Koordinierungsstelle für die Beteiligung von Kindern und Jugendlichen an der Gestaltung ihrer Lebensbedingungen
- Beitragsfreier Zugang für alle Kinder und Jugendliche zu Sportvereinen, Theatern, Konzerten, Museen und anderen Kulturveranstaltungen
- Verstärkte Anstrengungen zur Realisierung eines barrierefreien Zugangs zu allen Einrichtungen der Jugendhilfe sowie eine Sanierungsoffensive
- Verstärkte interdisziplinäre Anstrengungen zur Kompensation der durch die Coronakrise erzeugten Defizite

Senior*innenarbeit: Mitbestimmung stärken!

Das hamburgische Seniorenmitwirkungsgesetz soll die aktive Teilnahme am sozialen Leben und die Mitwirkung an gesellschaftlichen Prozessen ermöglichen.

Die gute Nachricht ist: DIE LINKE will, dass die Möglichkeiten dieses Gesetzes in Wandsbek weiter ausgeschöpft und ausreichend Finanzmittel zur Verfügung gestellt werden, um der Perspektive von älteren Menschen mehr Raum zu widmen.

Das Bezirksamt muss bei allen Planungen und Vorhaben, die die Interessen von Senior*innen berühren, diese in angemessener Weise beteiligen. In allen Stadtteilen, insbesondere in den Großsiedlungen, muss das Bezirksamt Senior*innentreffs fördern und mit hauptamtlichem Personal unterstützen. Wo es noch keine Senior*innentreffs gibt, sind diese einzurichten.

Für die Teilhabe von Senior*innen ist der barrierefreie, niedrighschwellige, mindestens kostengünstige Zugang zu Bildungs-, Kultur- und Freizeiteinrichtungen elementar. Barrierefreiheit und Zugänglichkeit im Nahverkehr, das barrierefreie Wohnen im Alter oder die Qualität der Pflege sind in allen Einrichtungen zu garantieren. Dazu sind die entsprechenden Prüf- und Überwachungsstrukturen auszubauen und mit deutlich mehr Personal auszustatten. Eine halbe Stelle für mehr als 700 private Pflegedienste in ganz Hamburg ist deutlich zu wenig.



Wofür wir uns einsetzen

- Mehr fachliche Vollzeitstellen in allen Einrichtungen der Senior*innenarbeit und die bedarfsgerechte Ausfinanzierung der Senior*innenarbeit
- Ein Konzept für die qualitative Ausweitung der Senior*innenarbeit in Wandsbek inkl. der Finanzierung, soziale Begegnungszentren für Senior*innen in den Quartieren (zusätzlich zu kirchlichen Einrichtungen) die im Planverfahren berücksichtigt werden müssen
- Die Berücksichtigung der Bedürfnisse von Senior*innen bei allen Planverfahren im öffentlichen Raum
- Eine deutliche Ausweitung der öffentlichen Toilettenversorgung in allen Stadtteilen
- Mehr Bänke zum Ausruhen von mobilitätseingeschränkten Menschen in allen Bezirken und Stadtteilen
- Kostenlose WLAN-Versorgung mit ausreichender Bandbreite in allen Altenwohn- und Pflegeeinrichtungen
- Durchsetzung der regelmäßigen Kontrolle der Pflegeeinrichtungen entsprechend dem Wohn- und Betreuungsqualitätsgesetz

Kultur: Mehr ist mehr – Kultur braucht Überfluss

Die gute Nachricht ist: Überall in Hamburg gibt es bedeutende Kunst und Kultur – sie muss aber für alle zugänglich und erreichbar sein. Über die Teilnahme darf nicht der Geldbeutel entscheiden.

Wir wissen: Die Stadtteilkulturzentren sind Orte der Begegnung und gelebter Vielfalt! Hier ist Platz für die Geschichtswerkstatt, das Treffen der Bürger*inneninitiative, die Lesung, das Streichquartettkonzert, die Chorprobe, den Tanz- oder Sprachkurs, die Vernissage oder die Kinderdisco: Stadtteilkulturzentren sind die Herzkammern des lokalen Kulturlebens – und ihre Aufgaben wachsen stetig. Darum müssen sie auskömmlich und zukunftsorientiert finanziert werden. Dazu gehören Tariflöhne, Mindesthonorare und Planungssicherheit für ein vielfaltsorientiertes Angebot.

Kultur entsteht dort, wo Menschen leben – Kultur entsteht in den Stadtteilen! Wir wollen Kulturschaffende, Künstler*innen und Kreative vor Ort in ihrem Wirken und Arbeiten stärken.

Kultur braucht (Arbeits-)Räume – sie sind die Basis, damit Kultur entstehen kann! Bezahlbare Proberäume, Tonstudios, Ateliers für bildende Kunst, Tanz, Theater und Film sind Mangelware. Wir meinen, Wandsbek hat die große Chance, aktiv bestehende Orte zu sichern, zu erschließen und Kulturräume zu einem verbindlichen Teil der Stadtentwicklungsplanung zu machen. So kann das kulturelle Leben in den Bezirken effektiv gestärkt werden!



Foto: Arnold Schnittger

Wofür wir uns einsetzen

- Eine deutliche Erhöhung der Stadtteilkulturmittel und eine auskömmliche Förderung der Stadtteilkulturzentren
- Aufnahme weiterer Kulturhäuser in die institutionelle Förderung
- Kostenfreie Räume für Kulturschaffende und Gruppentreffen kulturinteressierter Laien
- Kostenloser Zugang für Kinder, Jugendliche, Senior*innen, schwerbehinderte Menschen und Menschen mit niedrigem Einkommen zu geförderten Theatern, Konzerten, Museen und anderen Kulturveranstaltungen
- Die aktive Schaffung bezahlbarer Arbeits- und Produktionsräume in Wandsbek
- Kultur und Kulturräume zu einem verbindlichen Teil der Stadtentwicklungsplanung in den Bezirken machen

Gegen Rechts: Für ein friedliches und weltoffenes Wandsbek

In Hamburg leben seit Jahrhunderten Menschen unterschiedlicher Herkunft zusammen. Diese Realität wird immer wieder als Bedrohung dargestellt, um Hass und Rassismus zu schüren.

Die gute Nachricht ist: Wir LINKEN wissen, dass Solidarität unteilbar und international ist. Wir stellen uns der extremen Rechten sowie der nationalistischen und völkischen AfD klar entgegen. Gemeinsam mit Initiativen und Bewegungen auf der Straße und mit unseren Abgeordneten in der Bezirksversammlung.

Wir wollen die Erinnerungskultur an die Menschheitsverbrechen des Nationalsozialismus weiterführen und die Aufarbeitung der kolonialen Vergangenheit Hamburgs, die in Wandsbek an vielen Stellen gegenwärtig ist, vorantreiben.



In Hamburg leben seit Jahrhunderten Menschen unterschiedlicher Herkunft zusammen. Wir LINKEN wissen, dass Solidarität unteilbar und international ist.

Wofür wir uns einsetzen

- Der Ausbau von politischen und sozialen Voraussetzungen für eine gelingende Integration von Geflüchteten, Deserteur*innen und allen Menschen in Not.
- Vereinen und Initiativen wie „Welcome to Wandsbek“, „Meiendorf hilft“ und vielen anderen, die oft mit hohem ehrenamtlichem Aufwand da einspringen, wo der Bezirk nicht hinreichend Integrationsleistungen erbringen kann oder will, sind vom Bezirk bedarfsgerecht zu fördern. Initiativen wie z.B. „Marienthal bleibt bunt“, die sich Rassismus und Antisemitismus entgegenstellen, sind zu unterstützen.
- Die Umbenennung der nach Kolonialisten benannten Straßen, Plätzen und Gebäuden muss endlich in einem offenen Format unter Beteiligung der Bürger*innen angegangen werden.
- Die Kontextualisierung von Denkmälern wie dem Meldereiter oder die Kolonialzeit verherrlichenden Orten wie dem Tansaniapark oder das Gelände der ehemaligen Lettow-Vorbeck Kaserne wollen wir gemeinsam mit den Bürger*innen und Initiativen vor Ort voranbringen.

Frauen & Mädchen: Selbstverständlich gleichberechtigt

Mehr als die Hälfte der Wandsbeker*innen ist weiblich, aber von vollständiger Gleichberechtigung sind wir weit entfernt. Patriarchale Strukturen, Diskriminierung aufgrund des Geschlechts, Unterdrückung und strukturelle Gewalt müssen nach wie vor bekämpft werden.

Frauen erhalten im Durchschnitt 21% niedrigere Löhne und entsprechend weniger Rente als Männer. Sorgearbeit wird gesellschaftlich abgewertet. Frauen bestreiten den Großteil der entlohnten und nicht entlohnten Pflege- und Erziehungsarbeit. Sie arbeiten häufiger in Teilzeit oder in weniger gut bezahlten und prekären Jobs. Frauen leisten 50% mehr unbezahlte Sorgearbeit und stellen auch den Großteil der ca. 11.500 Alleinerziehenden in Wandsbek.

Die gute Nachricht ist: Als LINKE stehen wir für einen Feminismus, der das ganze gesellschaftliche und private Leben betrifft. Das heißt zuallererst, Arbeit und Zeit zwischen den Geschlechtern gerecht zu verteilen. Eine Gesellschaft, in der ALLE frei sind, Zeit für die Familie und Freund*innen haben, gleichzeitig einer sinnvollen und gut bezahlten Arbeit nachgehen und an politischen Entscheidungen mitwirken können.



Um selbstbestimmt leben zu können, müssen Frauen echte Wahlmöglichkeiten haben. Dazu gehören umfassende Aufklärung, der Zugang zu Verhütungsmitteln und die freie Entscheidung für einen Schwangerschaftsabbruch. Nur wenn Frauen sich ohne Zwänge für oder gegen eine Schwangerschaft und Elternschaft entscheiden können, ist eine selbstbestimmte Familienplanung möglich. Ein Leben mit Kindern muss gesellschaftlich abgesichert werden: Das beginnt mit einer guten gesundheitlichen Versorgung und Aufklärung während einer Schwangerschaft und Geburt. Mit Kindern zu leben, darf kein Armutsrisiko sein und Eltern müssen Kinder unter sicheren und gesunden Bedingungen aufziehen können.

Wofür wir uns einsetzen

- Stärkung der Gleichberechtigungsbeauftragten und Schulungen für Personalräte im Bezirk, aber auch für Betriebsräte von hier angesiedelten Unternehmen
- Das Gewaltschutz-Hilfesystem muss ausreichend finanziert werden.
- Staatliche Behörden und medizinisches Personal müssen ausreichend für das Thema sensibilisiert und geschult werden.
- Den Erhalt und Ausbau von Frauen- und Mädchenprojekten und Elternschulen
- Mehr Frauenhausplätze unter Berücksichtigung spezifischer Bedarfe
- Einrichtungen von Wohnprojekten und Tagestreffs für wohnungslose Frauen
- Mehr Beratungsstellen für Männer gegen Männergewalt sowie Gewaltpräventionskurse
- Hygieneprodukte für Menstruation müssen von öffentlichen Gesundheitsstellen und in öffentlichen Einrichtungen im Bezirk kostenfrei zur Verfügung gestellt werden.

Queer: Sichtbar und sicher

Emanzipiert ist eine Gesellschaft dann, wenn jede*r sozial abgesichert ist und gleiche Chancen zur Realisierung eines selbstbestimmten Lebens hat. Ob lesbisch, schwul, bi, trans*, inter* oder nicht-binär, am Ende müssen wir alle essen und wohnen. Doch queere Lebensweisen werden von außen oft angefeindet.

Die gute Nachricht ist: Wir setzen uns dafür ein, dass selbstbestimmte Leben queerer Menschen als das anerkannt werden, was sie sind: eine Selbstverständlichkeit. Dafür braucht es Schutz vor queerfeindlicher Diskriminierung und Unterstützung in Fragen von Sicherheit, Gesundheit und Sichtbarkeit.

Wir haben die Gefahr von Mehrfachdiskriminierung im Blick, wenn Menschen queer und zusätzlich arm, krank, alleinerziehend oder von Rassismus betroffen sind und stehen für die Verbindung queerer, sozialer, anti-rassistischer und feministischer Kämpfe!



Wofür wir uns einsetzen

- Antidiskriminierungsbeauftragte für die Wandsbeker*innen
- Spezifische Beratungsstellen für Transpersonen, insbesondere auch Rechtsberatungsstellen
- Die Vergabe von Finanzmitteln unter Berücksichtigung ihrer geschlechtsspezifischen Auswirkungen (Gender Budgeting)
- Den Erhalt und Ausbau von Projekten mit und für queere Personen
- Die Einrichtung eines Wohnprojekts und eines Tagestreffs für wohnungslose queere Menschen



Gesundheit: Vorsorge und Versorgung im Quartier

Ein möglichst gesundes und langes Leben, sowie Wohlbefinden wird nicht allein durch Gesundheitspolitik im engeren Sinne gefördert. Gemäß dem „Health in all policies“-Ansatz (Gesundheit in allen Politikbereichen), können und müssen in allen Politikbereichen (Bildung, Soziales, Gleichstellung, Innen, Umwelt, Klima, Energie, Landwirtschaft, Wirtschaft, Bauen etc.) Entscheidungen getroffen werden, die die Gesundheit aller Menschen fördern und die gesundheitliche Chancenungleichheit verringern. Die Lebenserwartung von Menschen hängt entsprechend nicht nur von der Gesundheitsversorgung ab, sondern mehr noch vom sozioökonomischen Status. Demzufolge ist Gesundheit also nicht nur ein Thema der Gesundheitspolitik, sondern aller Politikbereiche.

Der Morbiditätsatlas von 2013 belegt klar, dass die Krankheitslast in ärmeren Stadtteilen überdurchschnittlich hoch ist. Umgekehrt lassen sich Kinder- und Hausärzt*innen am Bedarf vorbei dort nieder, wo der Anteil von Privatpatient*innen und somit die Inanspruchnahme von IGEL-Leistungen (Leistungen, die von der Krankenkasse nicht übernommen werden müssen) besonders hoch ist.

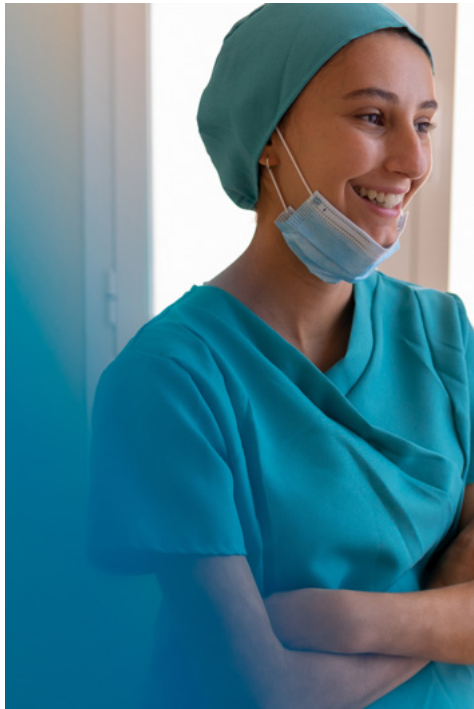
Die durchschnittliche Lebensdauer in ärmeren Stadtteilen ist im Vergleich zu gut situierten bis zu 10 Jahre kürzer.



Die gute Nachricht ist: Wir wollen gegen die ungerechte Verteilung der ambulanten Versorgung angehen und in unterversorgten Stadtteilen städtische Gesundheits- und Care(arbeits)zentren in kommunaler Trägerschaft aufbauen, die die interdisziplinäre Zusammenarbeit von Haus- und Kinderärzt*innen, Gynäkolog*innen, Community Health Nurses, Pflegestützpunkten, Hebammen, Sozialberater*innen und Physiotherapeut*innen sicherstellen. Gleichwertige Lebensverhältnisse erfordern den Kampf gegen die soziale Ungleichheit und die Stärkung der Verhältnisprävention. Die Erfahrungen aus der Coronapandemie zeigen, dass aufsuchende Gesundheitsberatung und zielgruppenspezifische Kommunikation von Gesundheitskompetenz enorm wichtig ist.

Wofür wir uns einsetzen

- In den unterversorgten Stadtteilen den Aufbau von städtischen Stadtteilgesundheits- und Care(arbeits)zentren in kommunaler Trägerschaft ohne Aufnahme-stopp
- Den flächendeckenden Einsatz von Präventivfachkräften und kommunalen Gesundheits Helfern (Community Health Nurses)
- Eine Stärkung des Öffentlichen Gesundheitsdienstes (Schuleingangsuntersuchungen, Familienhebammen, sozialpsychiatrischer Dienst) und die Verzahnung mit der ambulanten Versorgung, insbesondere den Stadtteilgesundheitszentren



Gleichwertige Lebensverhältnisse erfordern den Kampf gegen die soziale Ungleichheit und die Stärkung der Verhältnisprävention.

- Durchsetzung der regelmäßigen Kontrolle der Pflegeeinrichtungen entsprechend Wohn- und Betreuungsqualitätsgesetz
- Hitzeaktionsplan für Wohnungslose und vulnerable Menschen zum Schutz vor Hitze und Dehydration. Dazu sollten gehören
 - Bereitstellung von Wasserentnahmestellen im öffentlichen Raum
 - Schaffung und Öffnung von Kühlinseln
 - Berücksichtigung des Hitzeschutzes bei Baumaßnahmen
 - Aktives Herantreten der Gesundheitsämter an die lokalen Pflegedienste zur Aufklärung der Bedarfe dort
- Bessere finanzielle Ausstattung der Stadtteilgesundheitskonferenzen, damit hier Ideen der lokalen Akteur*innen auch tatsächlich umgesetzt werden können
- Die kleinräumige Erhebung und das Monitoring von gesundheitsrelevanten Daten (Lärm, Hitze, Feinstaub, Schimmel, Wohnraumbedarf und -qualität, Naherholungs- und Freizeitmöglichkeiten etc.)

Wirtschaft: Starke und soziale regionale Wirtschaft mit guten Löhnen

Das Wandsbeker Arbeitsleben ist für DIE LINKE ein integraler Bestandteil eines guten Lebens, dem gegenübersteht, dass 20% aller Wandsbeker*innen im Niedriglohnbereich arbeiten.

Die gute Nachricht ist: DIE LINKE setzt sich in Wandsbek dafür ein, dass regionale Unternehmen und Wirtschaftskreisläufe gefördert werden und mehr Arbeitsplätze entstehen. Wir kämpfen gemeinsam mit den Beschäftigten in den Wandsbeker Betrieben und ihren Gewerkschaften für bessere Arbeitsbedingungen und angemessene tarifliche Entlohnung.

Wir stehen an der Seite der Arbeitnehmer*innen und kämpfen für die Sicherung von Standorten und den Erhalt traditioneller Industriebetriebe. Es müssen verstärkt Arbeitsplätze im sozialen Dienstleistungssektor geschaffen werden. Hier ist die öffentliche Hand gefordert. Die Strukturveränderungen in der Wirtschaft bieten neue Möglichkeiten, die Trennung von Arbeiten und Wohnen aufzuheben. Die daraus resultierenden Chancen für die Stadtentwicklung und Verkehrspolitik müssen endlich das Handeln der bezirklichen Gremien bestimmen. Wo es noch keine Betriebsräte gibt, sind diese einzurichten. Für die Teilhabe der Arbeitnehmer*innen ist der barrierefreie, niedrigschwellige, mindestens kostengünstige Zugang zu Bildungs-, Kultur- und Freizeiteinrichtungen elementar.



Barrierefreiheit und Zugänglichkeit im Nahverkehr, das barrierefreie Arbeiten und die Qualität der Arbeitsbedingungen sind in allen Betrieben zu garantieren. Dazu sind die entsprechenden Prüf- und Überwachungsstrukturen auszubauen und mit deutlich mehr Personal auszustatten. Eine halbe Stelle für mehr als 700 private Betriebe in ganz Hamburg ist deutlich zu wenig.

DIE LINKE setzt sich in Wandsbek dafür ein, dass regionale Unternehmen und Wirtschaftskreisläufe gefördert werden und mehr Arbeitsplätze entstehen.

Wofür wir uns einsetzen

- Eine bedarfsgerechte Personalplanung im Bezirksamt Wandsbek, inklusive der regionalen Standorte und Kundenzentren. Auszubildenden soll eine Übernahme in feste Beschäftigungsverhältnisse garantiert werden.
- Keine Stellenkürzungen im Öffentlichen Dienst. Die Ausstattung des Bezirks als großen Arbeitgeber muss verbessert werden.
- Förderung der beruflichen Ausbildung in Wandsbeker Betrieben und bessere inklusive Schulbildung
- Zugezogene Mitbürger*innen unverzüglich in Ausbildung und Beschäftigung bringen
- Förderung von Klein- und Kleinstunternehmen in wirtschaftlich schwachen Stadtteilen
- Ansiedlung von kleinen und mittelständischen Unternehmen und Startups und die Bereitstellung von Gewerbeflächen
- Insbesondere neue Formen des Zusammenspiels von Wohnen und Arbeiten müssen durch eine entsprechende Bauplanung ermöglicht werden.
- Förderung von Handwerker- und Künstlerhöfe
- Workspacebüros in öffentlicher Hand einrichten und dieses Feld nicht privaten Investoren überlassen
- Alternative Ökonomie und Genossenschaften fördern. Planung auf diese Bedürfnisse ausrichten und bei der Vergabe berücksichtigen.
- Flächen für Handwerksbetriebe und Kleingewerbe müssen angemessen verteilt auf die Stadtteile vorgehalten werden.



**Für mehr Wandsbek
in Wandsbek.
2x5 Stimmen für DIE LINKE.**

www.die-linke-wandsbek.de

  @dielinke.wandsbek